



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 10. Juni 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1144
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*30. Sitzung des **Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 9. Juni 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:05 Uhr

Der Ausschuss beriet den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Bildungs- und Teilhabepaket auch für Kinder aus Asylbewerberfamilien**, [Drucksache 17/1513](#), und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag [Drucksache 17/1513](#) abzulehnen, und einstimmig, einen Antrag in geänderter Fassung anzunehmen. In diesem Zusammenhang kam er überein, am Rande der nächsten Plenartagung - Mittwoch, 29. Juni 2011, 13 Uhr - über das Thema Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche, deren Familien Leistungen nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes beziehen, zu beraten.

Sodann nahm er einen Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation bei den **EHEC-Infektionen** entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss.

Zum Antrag des Abg. Heinemann hinsichtlich eines Berichts zur **aktuellen Situation in der freiberuflichen wohnortnahen Geburtshilfe** und den Maßnahmen der Landesregierung kam der Ausschuss überein, in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause eine Anhörung des Hebammenverbandes und der GKV durchzuführen.

Sodann nahm der Ausschuss einen Bericht der Landesregierung zum Stand der Umsetzung der **Ergebnisse des Runden Tisches „Heimerziehung“** auf Bundes- und Landesebene entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss.

Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag der Fraktion der SPD betr. **Fortschreibung des Psychiatriepfandes**, [Drucksache 17/994](#), abzulehnen.

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zur

Änderung des Heilberufekammergesetzes, [Drucksache 17/1481](#), zur Annahme.

Bezüglich des Gesetzentwurfs der Fraktionen von CDU und FDP zur **Neuordnung des Glücksspiels**, [Drucksache 17/1100](#), schloss sich der Ausschuss dem Votum des ebenfalls beteiligten Finanzausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW an, den Gesetzentwurf der Koalition in der Juni-Tagung in zweiter Lesung zu behandeln und nach erneuter Verweisung an die Ausschüsse die abschließende Beratung in der August-Tagung in dritter Lesung vorzunehmen.

Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des beteiligten Innen- und Rechtsausschusses einstimmig, den Bericht der Landesregierung zu den **Auswirkungen der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten**, [Drucksache 17/1348](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Er beriet den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zum Thema **Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern**, Buchstabe b und c, sowie den dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1201](#) Buchst. b bis d, wobei die antragstellende Fraktion der SPD die Buchstaben b und c zurückzog. Der Ausschuss empfahl dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD abzulehnen, und einstimmig, den im Ausschuss modifizierten Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/1083](#) Buchst. b und c, anzunehmen. Außerdem empfahl er dem Umwelt- und Agrarausschuss jeweils mehrheitlich, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Kinder vor Gefahren durch gesundheitsgefährdendes Spielzeug wirksam schützen**, [Drucksache 17/1138](#) Buchst. b bis g, abzulehnen.

Er sprach ferner an den federführenden Bildungsausschuss die Empfehlung aus, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zum Thema **Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft**, [Drucksache 17/861](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Schluss: 17:20 Uhr

gez. Petra Tschanter